

Systembedingt brutal

Die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit war eine der Grundlagen des Erfolgs der Apartheidvolkswirtschaft in Südafrika. Mit dem Massaker an den Schülern Sowetos vor 50 Jahren leitete das Regime zugleich seinen Niedergang ein

Von Christian Selz, Kapstadt

Es gibt wenig, was die Bestialität eines Staatsapparats derart deutlich offenbart wie Schüsse auf Kinder. Das südafrikanische Apartheidregime hat auch davor nicht zurückgeschreckt. Als die Schüler in Soweto am 16. Juni 1976 statt zur Schule auf die Straße gingen, weil die Rassisten in Pretoria ihnen auch noch die letzten Bildungschancen nehmen wollten, schickte jene Regierung von Premierminister John Vorster Polizeieinheiten mit scharfer Munition. Der Aufstand wurde mit einer Brutalität niedergeschlagen, die selbst für die damaligen südafrikanischen Verhältnisse erschreckend war. Mindestens 176 Kinder und Jugendliche starben an diesem Tag im Kugelhagel, Hunderte weitere bei den Folgeprotesten im ganzen Land. Tausende wurden verwundet. Den eigenen Niedergang konnte das Regime damit nicht aufhalten, es hat ihn statt dessen noch beschleunigt. Tausende junge Menschen gingen ins Exil, um sich dem bewaffneten Kampf unter dem Banner des African National Congress (ANC) anzuschließen. Mit einem Staat, der auf sie schoss, konnte es für die Jugend von 1976 keinen Frieden mehr geben.

Nutzlose Ausbildung

Welchen Platz der Apartheidstaat für schwarze Menschen in der Gesellschaft vorsah, hatte Hendrik Verwoerd bereits 1953 mit der Einführung des »Bantu Education Acts« klargelegt, ein Gesetz, das die ohnehin historisch marginalisierten Bildungseinrichtungen für schwarze Kinder noch einmal deutlich schlechter stellte. Dessen Funktion erläuterte der damalige Minister für Eingeborenenfragen und spätere Regierungschef wie folgt: »Für sie (schwarze Menschen) gibt es oberhalb eines Levels gewisser Formen von Arbeit keinen Platz in der europäischen Gemeinschaft (gemeint war die weiße südafrikanische Gesellschaft, jW). Es wäre daher nutzlos, würden sie eine Ausbildung erhalten, die eine Aufnahme in die europäische Gemeinschaft zum Ziel hätte.« Aus deutscher Sicht mindestens interessant ist dabei auch, wo der gebürtige Niederländer Verwoerd, der mit seinen Eltern als Kleinkind nach Kapstadt kam, seine Prägung erfuhr: Nach seinem Psychologiestudium in Stellenbosch kam er Mitte der 1920er Jahre für drei Semester zu einem Studienaufenthalt nach Hamburg, Berlin und Leipzig, wo er sich in stramm

völkisch-nationalistischen Zirkeln mit Angewandter Psychologie und »Völkerpsychologie« befasste. Und falls es noch einen Beleg seiner Weltsicht brauchte: Nach seiner Rückkehr nach Südafrika gehörte der Einwanderer Verwoerd 1936 zu den Unterzeichnern einer Petition, die sich gegen die Aufnahme jüdischer Geflüchteter aus Deutschland aussprach.

Doch so sehr die Apartheidideologen auch öffentlich stets auf die angebliche Notwendigkeit einer getrennten Entwicklung der verschiedenen Ethnien verwiesen, um ihr rassistisches Projekt zu kaschieren: Die Sprache ihrer späteren Herren sollten schwarze Kinder selbstverständlich lernen, um deren Anweisungen befolgen zu können. 1974 beschloss das Regime daher, Naturwissenschaften und Mathematik nur noch auf Afrikaans zu unterrichten. Das war für schwarze Schüler ein Affront, weil es die Sprache der burischen Minderheit war, die die verhasste Regierung stellte. Der Schritt bedeutete aber auch ganz praktische Probleme, denn einerseits gab es an den Schulen der Schwarzen kaum Lehrkräfte, die auf Afrikaans unterrichten konnten, und andererseits war auch die große Mehrheit der Schüler dieser Sprache nicht mächtig. Effektiv sollte das Gesetz also nicht nur die Sprache der Herrschenden durchsetzen, sondern zugleich schwarze Kinder vom Unterricht in diesen Fächern ausschließen.

Die Neuregelung der Unterrichtssprache war letztlich aber nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Wut der Schüler richtete sich gegen ihre generelle Benachteiligung, die sich etwa anhand des Budgets illustrieren lässt, das die Regierung für sie bereitstellte: Mit 644 Rand pro Jahr war es für weiße Kinder mehr als 15mal so hoch wie für schwarze (42 Rand). Umgerechnet auf die heutige Kaufkraft in Euro standen damals also pro weißem Kind etwa 1.740 Euro zur Verfügung, während für schwarze Schüler 113 Euro budgetiert waren. Hinzu kam, dass es für schwarze Schüler an ausgebildeten Lehrern und an Klassenräumen fehlte. 1976 hatten sich mehr als 250.000 von ihnen an Oberschulen eingeschrieben, die aber nur eine Kapazität für 38.000 Schüler hatten.

Der Widerstand gegen den effektiven Entzug von Bildung war programmiert. Bereits ab 1975 kam es an Schulen im Großraum Johannesburg immer wieder zu Protesten. Eine wichtige Rolle spielte dabei die schwarze Schülerversammlung South African Students Movement (SASM), die mit ihrem Vorläufer, dem African Student Movement, seit den frühen 1970er Jahren vor allem in den Townships um die südafrikanische Wirtschaftsmetropole begann, Schüler zu organisieren. Bei einer Versammlung von 400 SASM-Delegierten von verschiedenen Schulen wurde am 13. Juni 1976 schließlich entschieden, den Protest mit einer Massendemonstration auf die Straßen Sowetos zu tragen. Ein Aktionskomitee, dem je zwei Repräsentanten jeder Schule angehörten, koordinierte den Schulstreik, der am 16. Juni begann. Das Regime, dessen bisherige Bildungspolitik schon struktureller Gewalt gegen schwarze Kinder glich, antwortete auf die brutalstmögliche Weise. Obwohl die Schüler friedlich durch Soweto zogen, eröffnete die Polizei das Feuer. Die Bilder der Krawalle, die das Regime später für seine Rechtfertigungspropaganda benutzte, entstanden erst nach den tödlichen Angriffen der Einsatzkräfte.

Niederschlagen ließen sich die Proteste jedoch nicht. Im Gegenteil, in den Folgetagen schlossen sich vor allem in urbanen Zentren landesweit immer

mehr Schüler dem Aufstand an. Mehr noch: Die mörderische Polizeigewalt, die auch dort entfesselt wurde, wirkte wie ein Katalysator für den Kampf gegen die Apartheid. Das Regime schien unterschätzt zu haben, dass die Schülerproteste nicht bloß die Reaktion auf eine repressive Unterrichtssprachregelung waren, als die sie bis heute oft dargestellt werden. Statt dessen geht der Aufstand von Soweto letztlich auf den Widerstand der Unterdrückten gegen die ihnen im Apartheidwirtschaftssystem zugedachte Rolle zurück.

Black Consciousness

Das Südafrika der 1970er Jahre, das seine schwarzen Kinder in überfüllte Klassenzimmer pferchte, war eine durchaus boomende Volkswirtschaft. Ihr Erfolg beruhte im wesentlichen auf drei Faktoren: reiche Bodenschätze an Gold, Diamanten und Platin; billiger Strom aus eigenen Steinkohlevorkommen und maximale Ausbeutung entrechteter schwarzer Arbeiter zu Hungerlöhnen. Die rassistische Unterdrückung der schwarzen Mehrheitsbevölkerung hatte also eine wirtschaftspolitische Bedeutung. Vor diesem Hintergrund kann auch das Fernhalten schwarzer Kinder von weiterführender Bildung nicht als reine Boshaftigkeit einer Rassistenregierung verstanden werden, sondern als systemrelevantes Puzzlestück in einer kapitalistischen Verwertungslogik.

Zum Aufstand kam es 1976 auch, weil die schwarze Jugend diese Opferrolle nicht mehr annehmen, sondern frontal bekämpfen wollte. Die Revolte ging auch auf einen Wandel im Bewusstsein zurück: Inspiriert von der Black-Power-Bewegung in den USA hatte sich zunächst an Schwarzen zugewiesenen Universitäten in Südafrika in den 1970er Jahren eine Bewegung gebildet, die sich Black Consciousness (»Schwarzes Bewusstsein«) nannte. Ein Leitsatz ihres bekanntesten Kopfes Steve Biko: »Die stärkste Waffe in den Händen der Unterdrückten ist das Bewusstsein der Unterdrückten.« Die schwarzen Studenten dieser Ära wollten sich nicht mehr in das System einfügen und versuchen, von innen Rechte einzufordern. Nein, sie verbannten selbst liberale weiße Unterstützer aus ihren Zirkeln und legten größten Wert auf die Bildung des eigenen Selbstbewusstseins außerhalb der weißen Gesellschaft. 1976 hatte die Bewegung vor allem über junge Lehrer auch den Weg in die schwarzen Oberschulen der Metropolen gefunden. Die Jugend begehrte auf gegen das System, das in ihnen nur billigste Arbeiter in Schächten und auf Äckern sah.

Sie stellten sich damit jedoch nicht nur gegen das Regime in Pretoria, sondern auch gegen dessen internationale Unterstützer. Denn in den Machtzentren von Washington bis Bonn stand Südafrika auch nach dem Massaker von Sharpeville 1960, als Polizisten 69 friedliche schwarze Demonstranten erschossen hatten, noch gut da. Die westliche »Wertegemeinschaft« sah im Apartheidstaat ein Bollwerk gegen kommunistische Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, dessen handelnde Figuren zwar bisweilen unappetitlich wirkten, die man aber gewähren ließ. Das Wichtigste war: Der Rohstoffhandel florierte. Zahlreiche internationale Konzerne verlagerten gar Produktionskapazitäten nach Südafrika. Und im UN-Sicherheitsrat hielten die USA stets eine schützende Hand über das Rassistenregime. Bei der Bewaffnung Südafrikas half auch Israel, das gar ein geheimes Atomwaffenprogramm mit Pretoria unterhielt. Nach Informationen des US-Historikers Sasha Polakow-Suransky, die der britische *Guardian* 2010 veröffentlichte, hat der damalige

israelische Präsident Schimon Peres Südafrika 1975 gar Raketen mit Atomsprengköpfen zum Kauf angeboten.

Verwoerds Nachfolger Vorster, 1942 noch für seine Rolle in der profaschistischen, mit Nazideutschland sympathisierenden Terrorgruppe Ossewabrandwag interniert und 1967 als Justizminister federführend verantwortlich für den Terrorismus Act als gesetzliche Grundlage zur Inhaftierung von Regimegegnern ohne Anklage und Prozess, reiste exakt eine Woche nach dem Massaker von Soweto in die Bundesrepublik. In der bayerischen Provinz traf er sich zu Gesprächen mit US-Außenminister Henry Kissinger. Letzterer sah in Vorster, der seiner früheren antibritischen Bestrebungen zum Trotz seinen bürgerlichen Vornamen Balthazar Johannes durch die englische Kurzform John ersetzt hatte, den Schlüssel für die Lösung der »Rhodesien-Frage«. Gemeint war der Erhalt der weißen, antikommunistischen Vormachtstellung.

»So ungerecht«

Was im heutigen Simbabwe 1979 scheiterte, hielt in Südafrika formal noch bis zu den ersten demokratischen Wahlen 1994 an. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß erklärte 1988 noch auf Staatsbesuch in Pretoria, »nie« in seiner Politlaufbahn »eine so ungerechte und unfaire Behandlung eines Landes erlebt« zu haben, »wie sie Südafrika widerfährt«. Doch die internationalen Verteidiger des Apartheidregimes hatten es im Angesicht der Bilder erschossener Schüler nach 1976 weitaus schwerer, den Unterdrückern öffentlich die Treue zu halten. Die UN-Sanktionen, obwohl durch US-Intervention weichgespült, wurden sukzessive strikter.

Noch entscheidender war jedoch, was innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft passierte: Die Niederschlagung der Schülerproteste sowie die Ermordung des Black-Consciousness-Kopfs Biko 1977 im Polizeigewahrsam führten zu einer Verschärfung des Widerstands, die den Apartheidstaat spätestens in den 1980er Jahren seines wichtigsten Werts für das internationale Kapital beraubte: Politische Streiks, Sabotageattacken vor allem des bewaffneten Arms des ANC und fortwährende Proteste führten das Land in einen Zustand, der die bis dato so profitable Maximalausbeutung der Unterdrückten verunmöglichte. So konterkarierte die Apartheidpolitik den von der Kapitaleseite angestrebten Zweck. Die ersten geheimen Gespräche zwischen ANC-Führung und Regime fanden dann bezeichnenderweise auch auf Einladung des britischen Bergbaukonzerns Consolidated Gold Fields auf einem noblen englischen Landsitz statt.

»Müllhalde für Arbeiterkinder«

Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass die Verhandlungslösung, die schließlich das Apartheidsystem beendete und den ANC an die Regierung brachte, ausgerechnet die südafrikanische Jugend vergaß. Die Schulen des Landes spiegeln heute eine Klassengesellschaft wider, wie sie offensichtlicher kaum sein könnte. Während die Kinder der Reichen an teuren Privatschulen bei bester Ausstattung Kontakte für spätere Berufsnetzwerke knüpfen, sind die gebührenfreien öffentlichen Schulen in den Townships das, was der ehemalige Lehrgewerkschafter Hassen Lorgat schon 2016 im Gespräch mit *junge Welt*

so traurig wie treffend als »Müllhalden für Arbeiterkinder« beschrieb. Zur Verbildlichung: Das südafrikanische Bildungsministerium feierte sich noch im März vergangenen Jahres, also knapp 31 Jahre nach Beginn der selbst proklamierten »Nationalen Demokratischen Revolution«, in einer Pressemitteilung für das Erreichen des »signifikanten Meilensteins«, 93 Prozent aller längst nach den eigenen gesetzlichen Grundlagen illegalen Grubentoiletten gegen sicherere WCs ausgetauscht zu haben. Zuvor waren wiederholt Grundschüler in marode Latrinen gestürzt und zu Tode gekommen.

Der Umgang der Regierung mit den Schülern von heute treibt bisweilen absurde Blüten. Während der Coronapandemie beschloss etwa die damalige Bildungsministerin Angie Motshekga, die Schulspeisungen auszusetzen, obwohl sie das Budget dafür weiterhin hatte. Der Schritt bedeutete für etwa zehn Millionen der ärmsten Kinder des Landes nichts anderes als die Streichung der einzigen warmen Mahlzeit am Tag und in der Konsequenz eine Verschärfung der in Südafrika nach wie vor weit verbreiteten Mangelernährung. Die internationale Hilfsorganisation Oxfam erklärte das Land in der Folge zum Hungerhotspot.

Motshekga, selbst 1955 in Soweto geboren, ging dennoch vor Gericht, um ihren Beschluss zu verteidigen. Immerhin, hier zeigte sich der Wert des demokratischen Südafrikas: Sie verlor krachend. »Ein würdeloseres Szenario als das Verhungern eines Kindes ist nicht vorstellbar«, befand Richterin Sulet Potterill und erinnerte die ANC-Politikerin daran, dass »die Moral einer Gesellschaft daran gemessen« werde, »wie sie ihre Kinder behandelt«. Staatspräsident Cyril Ramaphosa beließ Motshekga, die zuvor schon zu verantworten hatte, dass arme Schulen keine Schulbücher bekamen und Prüfungsbögen voller Fehler waren, zunächst im Amt und beförderte sie inzwischen zur Verteidigungsministerin.

Was die Frage nach der Behandlung von Kindern in Südafrika angeht, so muss die Antwort auch heute lauten: Sie ist unterschiedlich. Zwar schlossen nach den jüngsten Zahlen der staatlichen Statistikstelle Stats SA im Jahr 2022 44 Prozent der schwarzen Kinder die High School ab, was gegenüber den Zahlen von 1996 fast eine Vervierfachung bedeutet. Ihre Bildungschancen hinken aber noch immer hinter denen weißer Kinder her, von denen 2022 über 80 Prozent den Schulabschluss »Matric« erreichten. Bei den Hochschulabsolventen ist die Differenz noch größer: 39,8 Prozent der Weißen erreichen hier einen Abschluss, aber nur 9,3 Prozent der Schwarzen. Fortschritte, wie etwa die Übernahme von Studiengebühren für Studierende aus armen Haushalten, werden durch mangelnde Unterstützung bei Lebenshaltungskosten zum Teil wieder zunichte gemacht. Und selbst ein Universitätsabschluss ist für schwarze Menschen keine Garantie für ein besseres Leben: 2023 waren 18 Prozent der schwarzen Hochschulabsolventen arbeitslos, verglichen mit 3,7 Prozent der weißen. Insgesamt liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika derzeit bei fast 60 Prozent.

Problem: Eigentumsverhältnisse

Das Bildungssystem des Landes, in dem heute die Zahlungskraft der Eltern das entscheidende Kriterium für Erfolg oder Misserfolg ist, bildet keinen politischen Ausreißer, sondern es fügt sich nahtlos ein in eine durch und durch

wirtschaftsliberale Gesellschaft. Der strukturelle Rassismus, dem zwar mit Quotenregelungen beim Zugang zu Universitäten und Arbeitsplätzen ein Stück weit entgegengewirkt wird, besteht dadurch fort, dass die Eigentumsverhältnisse, die in der Kolonial- und Apartheidzeit entstanden sind, seit Beginn der demokratischen Ära unangetastet blieben. »Die Türen zum Lernen und zur Kultur sollen geöffnet werden«, hieß es in der 1955 verabschiedeten Freiheitscharta, die bis heute Grundsatzdokument des ANC ist. Sie sind es inzwischen, aber es wird Eintritt verlangt. Wer arm geblieben ist, muss draußen bleiben. Letzteres Motto wird in Südafrika mit einer Konsequenz verfolgt, die bisweilen ins Groteske reicht. Es galt gar für eine der zentralen Veranstaltungen der – ansonsten immerhin größtenteils kostenlos zugänglichen – Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag des Schüleraufstands von Soweto: Wer sich auf einen historischen Rundgang mit dem damaligen Aktivisten Seth Mazibuko durch die Straßen Sowetos begeben wollte, musste dafür vorab für 490 Rand (26 Euro) ein Ticket erwerben. Der Preis entspricht etwa einem Zehntel des derzeitigen Mindestlohns.

→ Christian Selz schrieb an dieser Stelle zuletzt am 7. August 2024 über den Krieg in der Demokratischen Republik Kongo: [»Drei Jahrzehnte Krieg«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/524372.südafrika-systembedingt-brutal.html>